

Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: Missglücktes Konstrukt und/oder Politikversagen?

Eine ordnungsökonomische Analyse aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomik

André Schmidt, European Business School, International University, Schloss Reichartshausen

Themenvorschlag zur Frühjahrstagung 2008 des Arbeitskreises Politische Ökonomie in Verbindung mit dem Arbeitskreis Europäische Integration zum Thema:

„Ökonomik und Politische Ökonomie staatlicher Reformen in Europa“

Abstract:

Aus ordnungsökonomischer Sicht war die Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ohne Zweifel als Erfolg anzusehen, ist es doch gelungen, ein ordnungsökonomisches Ziel (Realisierung solider nationaler Haushalte) auf der konstitutionellen Ebene zu verankern. Fragt man jedoch nach der Effektivität dieses Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so zeigt die empirische Evidenz, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nur begrenzt in der Lage ist, die richtigen Anreize zur Vermeidung übermäßiger Defizite zu setzen. Darüber können auch die jüngsten Erfolge bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte bspw. in der Bundesrepublik Deutschland nicht hinwegtäuschen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass bei einer weltweiten Eintrübung des konjunkturellen Klimas die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in der EU wieder zu einem ernsthaften Problem werden wird.

In der Arbeit wird am Beispiel des Stabilitäts- Wachstumspaktes gezeigt, dass eine explizite Verankerung einer Regel auf der Verfassungsebene allenfalls eine notwendige aber noch keine hinreichende Bedingung dafür ist, dass diese Regel auch im wirtschaftspolitischen Prozess Bestand hat. Vielmehr müssen die politökonomischen Bedingungen bezüglich der Einhaltung dieser Regel bei deren konstitutioneller Verankerung ausreichend berücksichtigt werden. Genau hier sind jedoch die Schwächen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu sehen. Daran konnte auch die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahr 2005 nichts ändern. Im Gegenteil, gerade aus politökonomischen Gründen wurde der Vertrag weiter verwässert und geschwächt.

Im Rahmen des Papiers soll vor diesem Hintergrund danach gefragt werden, welche Erfahrungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und dessen Reform für weitere notwendige Reformen auf nationaler oder auch europäischer Ebene gewonnen werden können. Wirtschaftspolitische Reformen werden nur dann die notwendigen Erfolge aufweisen können, wenn bereits bei deren konstitutioneller Umsetzung die politökonomischen Bedingungen gebührend berücksichtigt werden. Nach einer kurzen Darstellung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und dessen Reform von 2005 sollen die politökonomischen Bedingungen erläutert und analysiert werden. Im zweiten Schritt werden sodann notwendige Reformschritte abgeleitet. Im Anschluss daran soll die Übertragbarkeit dieser Erfahrungen auf andere Reformvorhaben, bspw. bezüglich des Steuersystems, diskutiert werden.

Eigene Vorarbeiten:

Institutionelle Alternativen in der Europäischen Union: Das Beispiel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 55 (2006), S. 127-149 (gemeinsam mit Renate Ohr).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt – eine ordnungspolitische Herausforderung in: Hasse, R., und G. Peschutter (Hrsg.), *Europäische Integration - Ökonomie, Institutionen und Politik*, 2006, S. 165-184 (gemeinsam mit Renate Ohr).

Handelbare Verschuldungsrechte zur Sicherung der fiskalischen Stabilität in der Währungsunion, *Diskussionsbeiträge des Volkswirtschaftlichen Seminars der Universität Göttingen* Nr. 128, Februar 2006 (gemeinsam mit Renate Ohr).

Regelgebundene versus diskretionäre Wirtschaftspolitik: Das Beispiel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, in: *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 73 (2004), Nr. 3, S. 381-391 (gemeinsam mit Renate Ohr).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt: Eine Analyse unter Berücksichtigung konstitutionen- und institutionenökonomischer Aspekte, in: Schäfer, W. (Hrsg.), *Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung*, Berlin 2004, S. 181-211 (gemeinsam mit Renate Ohr).

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Zielkonflikt zwischen fiskalischer Flexibilität und Glaubwürdigkeit: Ein Reformansatz unter Berücksichtigung konstitutionen- und institutionenökonomischer Aspekte, *CeGE-Diskussionsbeiträge* Nr. 19, Göttingen 2003 (gemeinsam mit Renate Ohr).